

V-04 Krieg in der Ukraine: Unsere grüne Kernkompetenz „Zivile Konflikttransformation“ ist jetzt gefragt

Antragsteller*in: Thomas Mohr (KV München)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Nach mehr als zweieinhalb Jahren Krieg in der Ukraine:

2 Unsere Kernkompetenz „Zivile 3 Konflikttransformation“ ist jetzt gefragt

- 4 1. Bündnis 90/Die Grünen sind die Partei in Deutschland, die sich am
5 längsten, intensivsten und kompetentesten mit dem Thema zivile,
6 gewaltfreie Konflikttransformation befasst hat. Deshalb wurde zum Beispiel
7 während der ersten grünen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene die
8 Struktur und staatliche Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung deutlich
9 ausgebaut: Zentrum Internationale Friedenseinsätze, Ziviler Friedensdienst,
10 Stiftung Friedensforschung. Zurecht dürfen wir sagen, dass Zivile
11 Konflikttransformation eine unserer grünen Kernkompetenzen ist.
- 12 2. In der langen Geschichte unserer Partei mussten wir uns immer wieder mit
13 dem Spannungsverhältnis zwischen unserem ursprünglichen Ideal der
14 Gewaltfreiheit und dem aktuell realpolitisch Machbaren auseinandersetzen.
15 In schmerzhaften Debatten haben wir miteinander um den bestmöglichen Weg
16 in konkreten Entscheidungssituationen gerungen. Diese Debattenkultur – oft
17 stellvertretend für die Gesellschaft – dieses Abwägen des Möglichen bei
18 gleichzeitigem Respekt vor pazifistischen Grundüberzeugungen und vor der
19 Haltung des „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“ war über
20 lange Zeit ein Markenzeichen der grünen Partei.
- 21 3. In diesem innerparteilichen Debattieren wurden uns Menschenrechte und
22 menschliche Sicherheit, das Völkerrecht und die Stärkung der Vereinten
23 Nationen zu wesentlichen Orientierungspunkten. Den Einsatz für eine Kultur
24 der Gewaltfreiheit verstehen wir inzwischen als eine Querschnittsaufgabe,
25 die weit mehr als den Bereich der Außenpolitik umfasst. Frieden ist einer
26 unserer fünf Grundwerte. Politik für Gewaltfreiheit bleibt weiterhin eine
27 der entscheidenden Leitlinien unserer Politik. Wir treten konsequent ein
28 für die Stärke des Rechts statt dem Recht des Stärkeren! Wir wissen aber,
29 dass Demokratie und Menschenrechte in den seltensten Fällen durch
30 Militäreinsätze und Krieg gefördert werden, sondern vor allem durch das
31 überzeugende und ansteckende eigene Beispiel. In unserem Streben nach
32 einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen. Unser Ziel bleibt,
33 durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und langfristig die

- 34 politische Institution des Krieges zu überwinden (siehe: Grundsatzprogramm
35 2020, Abs. 51).
- 36 4. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt einen eindeutigen Bruch
37 des Völkerrechts dar. Deshalb haben wir – in Kooperation mit der EU –
38 Sanktionen gegen Russland verhängt. Und wir unterstützen – im Rahmen der
39 NATO – die Ukraine durch Waffenlieferungen, damit sie ihr
40 Selbstverteidigungsrecht überhaupt in Anspruch nehmen kann. Nach mehr als
41 zweieinhalb Jahren Krieg und gigantischen Zerstörungen müssen wir aber
42 konstatieren, dass der Kriegsverlauf festgefahren ist und sich ein Patt
43 eingestellt hat. Es gelingt der Ukraine nicht mehr, mit militärischen
44 Mitteln entscheidende Fortschritte zu erreichen. Perspektivloses Leiden
45 und Sterben ist zur Realität geworden. Die Situation ist reif für andere
46 Wege zur Beendigung dieses schrecklichen Krieges.
- 47 5. Die Charta der Vereinten Nationen räumt ein Selbstverteidigungsrecht ein,
48 „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der
49 internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“ (UN-
50 Charta, Art. 51) Bekanntlich ist es bisher weder der Ukraine und Russland
51 noch den Vetomächten im UN-Sicherheitsrat gelungen, sich auf eine für alle
52 Beteiligten völkerrechtlich akzeptable Beendigung des Ukrainekriegs, die
53 zu einer Konfliktlösung und einem Friedensvertrag führen könnte, zu
54 einigen. Bündnis 90/Die Grünen haben sich wiederholt in Programmen und
55 Beschlüssen darauf festgelegt, dass im Falle solcher Blockaden des UN-
56 Sicherheitsrates, die UN-Generalversammlung über friedenserzwingende
57 Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschließen soll (siehe:
58 Grundsatzprogramm 2020, Abs. 374). Die UN-Generalversammlung hat sich
59 bereits mehrfach mit dem Ukrainekrieg befasst. Für Aktionen außerhalb der
60 friedlichen Mittel, wie sie von den westlichen Staaten in Form von
61 Sanktionen und Aufrüstung praktiziert werden, gab es in der
62 Generalversammlung allerdings keine Mehrheit. Vielmehr hat die
63 Generalversammlung am 23.02.2023 die Mitgliedsstaaten und die
64 internationalen Organisationen aufgefordert, ihre Unterstützung für die
65 diplomatischen Bemühungen um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften
66 Frieden in der Ukraine zu verdoppeln (siehe: [IPPNW: Waffenstillstand und
67 Frieden für die Ukraine](#)).
- 68 6. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die internationale
69 Zusammenarbeit Deutschlands postkolonial und antirassistisch auszurichten
70 (siehe: Grundsatzprogramm 2020, Abs. 404). Deshalb ist es uns besonders
71 wichtig, auf die Stimmen aus dem sogenannten „Globalen Süden“ zu hören.
72 Brasilien, Mexico, Indien, Indonesien, die Afrikanische Union und andere
73 Staaten haben Ideen und Initiativen für ein Ende des Krieges eingebracht.
74 Diese Ansätze wollen wir fördern und unterstützen. Denn wir wissen: In
75 dieser hocheskalierten Situation braucht es hilfreiche Dritte, die das
76 Vertrauen beider Kriegsparteien gewinnen können. Nur unter aktiver
77 Beteiligung des Globalen Südens kann realistischerweise ein
78 Waffenstillstand ermöglicht und ein Friedensprozess eingeleitet werden. So
79 wird auch eine wünschenswerte Fortsetzung der Friedenskonferenz in der
80 Schweiz vermutlich in einem nicht-europäischen Land stattfinden müssen,

- 81 das nicht nur von der Ukraine, sondern auch von Russland als Vermittler
82 akzeptiert wird.
- 83 7. Die Suche nach Waffenstillstand und Frieden verstehen wir als
84 ergebnisoffenen Prozess. Ein solcher Verhandlungsprozess kann aber nur
85 dann nachhaltige Ergebnisse erzielen, wenn alle Beteiligten und
86 Betroffenen gleichberechtigt an den Gesprächen mitwirken können. Auch hier
87 muss sich der Ansatz der feministischen Außenpolitik in der Praxis
88 bewähren und Frauen und marginalisierte Gruppen als Mitwirkende in den
89 Verhandlungsprozess integrieren. Uns ist klar, dass Dritte, die als
90 Vermittelnde in einem Krieg wirksam werden wollen, nicht mit einem
91 fertigen Endergebnis Verhandlungen einleiten können. Wer als Mediator*in
92 bereits vor Beginn einen Kompromiss als mögliches Endresultat der
93 Gespräche in den Raum stellt, wird in der Regel von mindestens einer der
94 Parteien nicht mehr als neutraler, allparteilicher Vermittler
95 akzeptiert. Vielmehr geht es zunächst darum, kleine Schritte
96 herauszufinden, die für beide Seiten hinnehmbar sind. Dass dies auch
97 bezüglich des Angriffs Russlands auf die Ukraine ein realpolitisch
98 gangbarer Weg ist, zeigen die immer wieder erfolgreich abgewickelten
99 Gefangenenaustausche zwischen der Ukraine und Russland.
- 100 8. Vor diesem Hintergrund erhält auch der sehr offen formulierte chinesische
101 „12-Punkte-Plan zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise“ seine
102 Bedeutung. China hat sich zuletzt außenpolitisch – unabhängig von seinem
103 Umgang mit Menschenrechten im Inneren – mehrfach als erfolgreicher
104 Vermittler in aktuellen Konflikten profiliert (Iran und Saudi Arabien,
105 Fatah und Hamas). China ist allerdings ein zunehmend wichtigerer
106 Verbündeter Russlands und kann deshalb aus westlicher Sicht schwerlich als
107 neutraler Vermittler gelten. Wenn auf westlicher Seite eine Bereitschaft
108 zur Einleitung von im Rahmen des Völkerrechts grundsätzlich
109 ergebnisoffenen Verhandlungen zur Beendigung des russischen Angriffskriegs
110 besteht, könnte China aber in Kombination mit den USA auf die aktiven
111 Kriegsparteien – Russland und die Ukraine – in Richtung eines Kriegsendes
112 einwirken. China und die USA könnten ihre spezifischen Kompetenzen
113 gemeinsam mit anderen Staaten in eine größere Vermittlungs- bzw.
114 Kontaktgruppe einbringen. In diesem Fall könnten sich die nahen
115 Beziehungen zwischen China und Russland einerseits und zwischen den USA
116 und der Ukraine andererseits als Chance für das lang erhoffte Ende von
117 Leid, Tod und Zerstörung in der Ukraine erweisen.
- 118 9. Wir wissen, wie wichtig es für einen Vertrauensaufbau ist, nicht
119 reflexhaft die andere Seite zu rügen, sondern selbstkritisch das eigene
120 Verhalten in den Blick zu nehmen. Wir prangern jeden völkerrechtswidrigen
121 Angriff eines Landes auf ein anderes an. Deshalb betonen wir an dieser
122 Stelle ausdrücklich, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands
123 gegen die Ukraine nicht der einzige seiner Art in den letzten Jahrzehnten
124 ist. Wir erinnern beispielhaft an den von der US-Regierung unter G.W. Bush
125 geführten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak 2003, den die
126 damalige rot-grüne Bundesregierung aus guten Gründen abgelehnt hat. Der
127 Angriff der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ auf den Irak erfolgte
128 trotz fehlenden UN-Mandats. Die von den USA dem UN-Sicherheitsrat vor dem
129 Angriff vorgelegten angeblichen Beweise für eine Existenz von

130 Massenvernichtungswaffen im Irak erwiesen sich im Nachhinein als Lüge.
131 Unsere Zustimmung im Jahr 1999 zum – ebenfalls ohne Mandat des UN-
132 Sicherheitsrats erfolgten – Angriff der NATO auf Serbien, um einem
133 befürchteten
134 Völkermord im Kosovo zuvorzukommen, war für uns eine „statthafte Ausnahme,
135 aber kein Präzedenzfall“ (Grundsatzprogramm 2002, S. 164). Wir müssen
136 jedoch einräumen, dass
137 Russland diesen NATO-Angriff auf Serbien damals sehr wohl als Bruch des
138 Völkerrechts eingeordnet hat und ihn heute für seine Argumentation im
139 Hinblick auf den eigenen Angriffskrieg gegen die Ukraine benutzt.

140 10. Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit
141 ist und bleibt die Klimakrise. Entweder die Menschen lernen, sich als
142 Menschheit zu begreifen und solidarisch zu organisieren oder die Gattung
143 Mensch wird auf diesem Planeten keine große Zukunft haben. Ein Jahrhundert
144 der Konfrontation und der Aufrüstung kann sich die Menschheit nicht
145 leisten. Angesichts der Bedrohungen für das menschliche Leben auf der Erde
146 muss unser Jahrhundert zu einem Jahrhundert wachsender Kooperation werden.
147 Nur gemeinsam können die Erderwärmung gestoppt und ihre Folgen abgemildert
148 werden. Dafür werden auch die Reform und die Stärkung der globalen
149 Institutionen, insbesondere der UN-Institutionen notwendig sein. Der
150 Beginn eines ernsthaften Gesprächsprozesses aller direkt und indirekt
151 Beteiligten des Ukrainekriegs in Richtung Waffenstillstand und
152 Friedensverhandlungen wäre ein weltweites Hoffnungszeichen. Eine
153 gemeinsame Konfliktlösung stellt eine große Ermutigung dar, um die für das
154 Überleben der Menschheit als Ganzes wirklich wichtigen Aufgaben zusammen
155 engagiert anzugehen. Statt einer gefährlichen Aufrüstungsspirale können so
156 wieder Abrüstungsverhandlungen in Gang kommen. Dann können die Ressourcen,
157 die momentan für Militär und Rüstung eingeplant werden, für echte
158 menschliche Sicherheit verwendet werden.
159 Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass wir – als einzelne Menschen und
160 als gesamte Menschheit – über die Fähigkeit der konstruktiven
161 Konflikttransformation verfügen. Wenn wir gleichwertig und fair
162 zusammenarbeiten, sind wir in der Lage, die aktuellen Krisen und Konflikte
163 zu meistern. Dafür setzen wir uns ein! Dieses wichtige Zeichen der
164 Hoffnung und Ermutigung wollen wir von diesem Parteitag aussenden.

Begründung

Wir dürfen die Menschen in der Ukraine nicht alleine lassen. Sie brauchen dringend Frieden!
Wir dürfen das Friedensthema nicht anderen Parteien in Deutschland überlassen. Unsere
Kernkompetenz "Zivile Konflikttransformation" ist jetzt dringend notwendig! Weiteres dazu siehe:
[gewaltfrei grün e.V.](http://gewaltfrei-gruen.e.v.)

weitere Antragsteller*innen

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Eberhard Müller (KV Ortenau);
Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Enrico Calzia (KV Ulm); Martin Pilgram (KV Starnberg); Christopher
Stark (KV München); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Catherine

Lodge (KV München); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Anja Kiemle (KV Starnberg); Erich Hinderer (KV Main-Spessart); Friedemann Gillert (KV Barnim); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Elmar Rachle (KV Schweinfurt); Berti Furtner-Loleit (KV München); Dorothea Martin (KV Barnim); Peter Meiwald (KV Ammerland); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.